

Liebe Lehrerinnen und Lehrer

Ich bin nun ziemlich genau seit 3 Jahren Erziehungsdirektor des Kantons Bern und ich freue mich, dass ich hier zum zweiten Mal an den Lehrertag der LEBE eingeladen werde.

Mir liegt viel an guter Kommunikation zwischen Ihnen und mir. Deshalb bin ich sehr gerne der Einladung hierher gefolgt und danke auch der Leitung von LEBE dafür, dass sie diesen Austausch ermöglicht. Allerdings ist es eine etwas einseitige Kommunikation, zwangsläufig. Zum Glück habe ich zahlreiche andere Gelegenheiten, wo sich nach einem Referat von mir die Möglichkeit zum Fragen, zum Einbringen von Anliegen und zur Meinungsäusserung von Ihrer Seite ergeben.

Mein Auftritt hier ist mir auch wichtig, weil ich damit Ihrem wichtigsten Verband – der LEBE – klar signalisieren kann, wie wichtig es mir ist, dass ich einen repräsentativen Ansprechpartner habe. Von meiner Seite habe ich jedes Interesse an einer starken und konstruktiven LEBE!

Sie haben Ihren heutigen Tag unter das Stichwort „Hauptsache ICH – Schule zwischen Individualität und Gemeinwohl“ gestellt. Ein spannendes, etwas provokatives Thema: „Hauptsache ich“.

„Ich“ – eine zentrale Herausforderung beim Schule geben, so denke ich. Sie stehen täglich vor einer Klasse, exponieren sich, werden kritisch beäugt. Stehen da als ICH, gegenüber neugierigen – oder weniger neugierigen – Schülerinnen und Schülern und stehen letztlich als Person im Mittelpunkt.

Ich habe es an verschiedenen Anlässen gesagt: Bildung ist nicht das Abfüllen von Wissen in ein Gefäss namens „Schüler“. Schule ist in erster Linie ein sozialer Prozess in einem Netz menschlicher Beziehungen – in erster Linie in der Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler. Da steht eben das Ich der Lehrperson im Zentrum – als Vorbild, an dem sich die Schüler spiegeln, abgrenzen, orientieren können.

Bei mir ist es nicht anders. Meine Person steht im Blickfeld der Bildungspolitik. Mein Leben als Privatmann mag – zum Glück – kaum interessieren. Doch als politische Person stehe ich in Ihrem Fokus. Als Ihr „Patron“ – wie es kürzlich die Lehrgewerkschaft des Berner Juras formuliert hat. Ich bin einerseits mich selbst – andererseits aber auch Projektionsfläche für Hoffnungen, Erwartungen, aber auch Frustrationen.

Deshalb erlaube ich mit, aus meiner Sicht einen Blick auf die vergangenen drei Jahre als Ihr „Patron“ zu werfen.

Zunächst kann ich Ihnen sagen, welches ein positives Bild der Berner Schule ich in den letzten drei Jahren gewinnen konnte. Ich habe zahlreiche Schulbesuche in Kindergärten, Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe II gemacht und habe an Veranstaltungen verschiedenster Art die Gelegenheit gehabt, mit Hunderten von Lehrkräften zu sprechen. Bei all diesen Begegnungen habe ich sehr viele positive Eindrücke gewonnen.

Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft bewältigen werden. Auch die Befragung der Lehrkräfte, die ich veranlasst habe, zeigte ein hohes Commitment der Lehrkräfte mit ihrem Beruf und ein wirklich wunderbares Potential der Berner Schule. Das ist ein grossartiges Kapital! Gemeinsam können wir viel erreichen!

Heute verabschieden Sie eine Resolution mit einer Reihe von Forderungen. Aus dieser Resolution höre ich einige Besorgnis heraus.

Diese Besorgnis, ja auch eine gewisse Unzufriedenheit, ist aus meiner Sicht verständlich. Verständlich, weil ich weiss, dass Ihr Beruf ein schöner, aber auch ein schwieriger Beruf ist. In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Ansprüche an die Lehrkräfte gestiegen. Keine Session im Grossen Rat, keine Zeitung, an der nicht neue Forderungen gestellt werden, was die Lehrkräfte alles auch noch tun sollten. Gleichzeitig ist die Heterogenität in den Klassen gestiegen, die Anstellungsbedingungen haben sich nicht einfach verbessert und die Anerkennung der Lehrpersonen in Gesellschaft und Politik hat nicht den Ansprüchen entsprechend zugenommen.

Deshalb verstehe ich, dass Sie – wie ja auch andere Berufsgruppen – klare Forderungen aufstellen. Gleichzeitig bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, was diese Regierung bisher im Bereich Bildung geleistet haben. Vielleicht ist Ihnen das zu wenig. Bitte beachten Sie jedoch, dass Massnahmen im Bildungsbereich mehr als in anderen Bereichen eine langfristige, sorgfältige Vorbereitung brauchen und viele Dinge, die ich angepackt – oder eben gerade nicht angepackt – habe, sich erst in einigen Jahren auswirken.

Erlauben Sie mir deshalb einen kleinen Rückblick auf einige Massnahmen der vergangenen drei Jahre:

- Ich habe den Eindruck, dass wir das Ansehen des Lehrberufs verbessern konnten. Ich meinerseits habe an Dutzenden von Veranstaltungen für Verständnis für die schwierige und wichtige Aufgabe der Lehrkräfte geworben und hatte den Eindruck, dieser Appell sei auf fruchtbaren Boden gefallen.
- Die Regierung hat das Anliegen einer von LEBE massgeblich getragenen Volksinitiative – den Ausbau des Tagesschulangebots – sofort angepackt und in eine Revision des Volksschulgesetzes gepackt, welche auf 1. August 2008 in Kraft trat. Ich bin schon ein bisschen stolz darauf, dass die präsentierte Lösung im Grossen Rat einstimmig angenommen wurde und LEBE und ihre Partner diese Initiative daraufhin zurückziehen konnten.
- In einem Bericht an den Grossen Rat haben wir festgehalten, dass das Thema Leistungslohn für Lehrkräfte bis auf weiteres nicht mehr weiterverfolgt werden soll.
- Auf Sommer 2007 – also rund ein Jahr nach Amtsantritt der neuen Regierung – haben wir die Pflichtpensen der Berufsschullehrkräfte und eine Lektion gesenkt. Einer langjährigen Forderung wurde damit zumindest teilweise Genüge getan.
- Bereits zu Beginn 2007 legten wir dem Grossen Rat einen Bericht über die Umsetzung des zuvor schlummernden Integrationsartikels im VSG, Artikel 17, vor. Die Lösung mit einem von den Gemeinden flexibel einsetzbaren Lektionenpool ist meines Erachtens der sanfteste Weg, dieses lange vernachlässigte – und auch von Ihrem

Berufsverband klar mitgetragene – Ziel umzusetzen. Inzwischen sind von den Schulen viele Schritte in Richtung Integration gemacht worden. Dabei möchte ich keinesfalls verhehlen, dass dieses Projekt in seiner Umsetzung nicht einfach ist. Die um 10 Millionen erhöhten Ressourcen für besondere Massnahmen dürften jedoch dazu beigetragen haben, dass die Umsetzung jetzt doch im Wesentlichen gut aufgegleist ist. Ich freue mich, dass die Berner Schule, wo immer möglich, zu allen Kinder sagt: „Du gehörst zu uns“. Ich anerkenne aber auch, dass es Grenzen der Integration gibt. Deshalb habe ich auch in einem Rechtsfall entschieden, dass wir die Grenzen der einzelnen Schulen respektieren müssen und es keinen Rechtsanspruch der Eltern auf Integration ihres Kindes in die Regelklasse gibt.

- Auch wenn LEBE mit dem erreichten Lohnsummenwachstum nicht zufrieden ist: Die neue Regierung hat in den letzten Jahren das vorher auf ca 1 % eingefrorene Lohnsummenwachstum verdoppelt und jedes Jahr 2 oder gar mehr Prozent Lohnwachstum gewährt.
- In zahlreichen Projekten habe ich die Zusammenarbeit und die Konsultation mit Ihren Verbänden, insbesondere mit LEBE, verstärkt. Es finden zahlreiche Treffen mit VertreterInnen von LEBE auf allen Ebenen – auch vierteljährlich mit mir – statt. Das heisst natürlich nicht, dass wir alle Anliegen immer gleich aufnehmen und umsetzen können.
- Trotzdem: Im Projekt „Passepartout“ – Fremdsprachenvorverlegung –, welches den Französischunterricht auf das 3. Schuljahr und den Englischunterricht auf das 5. Schuljahr vorverlegt, haben wir eine lange Liste von Anliegen der LEBE ernst genommen. Ich habe mich persönlich um die Details der Umsetzung gekümmert und glaube – auch im Sinne einer Betonung des Vertrauens und der Unterstützung der Lehrkräfte – das Maximum des Möglichen erreicht zu haben. Eine Verschiebung dieses Projektes, nachdem es seit Jahren auf 2011 angekündigt worden ist, wäre meines Erachtens genau die Hüst- und Hott-Politik, die Sie – wohl zu Recht – früher immer wieder kritisiert haben. Man bat mich überall, Reformen nicht aufzugleisen und dann plötzlich wieder abzubremesen.
- Die neue Bildungsstrategie ist aufgegleist und wurde in der Vernehmlassung zwar kontrovers diskutiert aber letztlich positiv aufgenommen. Ich freue mich, dass in der Strategie die Begriffe des „Vertrauens“ und der „Unterstützung“ – mir besonders wichtige Anliegen – aufgenommen wurden. Diese beiden Begriffe sind neu in einer Bildungsstrategie. Mir geht es dabei darum, dass ich erreichen möchte, dass die Politik vorlebt, was wir von den Lehrkräften erwarten. Ihre Aufgabe ist es doch, den Schülerinnen und Schülern Vertrauen in sich selbst, in ihre Fähigkeiten und in ihre Zukunft zu schenken. Das setzt voraus, dass die Führung dies vorlebt und Vertrauen in die Arbeit der Lehrkräfte hat. Ich gehe davon aus, dass Sie gute Arbeit machen und grundsätzlich ihre Aufgabe auf bestmögliche Art wahrnehmen. Kontrollen sind deshalb abzubauen. Die Politik und Verwaltung so zum Umdenken zu bringen ist ein längerer Prozess. Erwarten Sie also nicht, dass das ab morgen in jedem Formular und in jeder Massnahme gleich 100 % erkennbar ist.

Ich habe bewusst in die Vergangenheit der letzten drei Jahre geschaut. Es sind einige Dinge aus einer grösseren Zahl von Verbesserungen. Ich glaube, diese Regierung verdient Ihr Vertrauen.

Es kommen schwierigere Zeiten. Hoffentlich nur vorübergehend. Aber ich kann Ihnen sagen, dass diese Regierung alles daran setzen wird, die Bildung wo immer möglich zu unterstützen. Und doch: Es wird nicht all das realisierbar sein, was ich mir erhofft habe. Das belastet mich persönlich sehr. Wir wollten in entscheidenden Bereichen punktuelle Verbesserungen erreichen. Namentlich auch in personalpolitischer Hinsicht. Finanziell sieht es jetzt schwieriger aus. Trotzdem hoffe ich, dass doch einige Massnahmen realisiert werden können.

Ein Trumpf der letzten Jahre war, dass in der Öffentlichkeit deutlich wahrgenommen wurde, dass sich die Beziehung zwischen der Bildungsdirektion und der Lehrerinnen- und Lehrerschaft deutlich verbessert hat. Dies unterstützt unsere gemeinsamen Anstrengungen und gibt Ihnen und mir eine gute Basis für unsere Arbeit. Sie ermöglichen damit auch – mit Blick auf die Wahlen 2010 – eine gewisse Konstanz.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen in einigen Ausschnitten das Erreichte aufzuzählen. Es gäbe mehr. Meine Bitte: Behalten Sie diese Errungenschaften im Auge, wenn Sie Forderungen aufstellen. Zeigen Sie der Bevölkerung, dass in der Bildungspolitik ein neuer Wind des Vertrauens – auch von Ihrer Seite – herrscht. Ich glaube nicht, dass in der Bevölkerung das Ansehen der Lehrerschaft steigt, wenn wir vermehrt wieder in gegenseitige Konfrontation gehen. Ich meinerseits werde mich an dieses Ziel halten und versuchen, wo immer ich kann, das Vertrauen in die Lehrerschaft zu verbessern.

Liebe Lehrerinnen und Lehrer.

Was kommt im Bildungsbereich auf uns zu in den nächsten Jahren:

- In der Volksschule wird es vor allem HarmoS – und damit der zweijährige Kindergarten und allenfalls die Einführung der Basisstufe und der neue Lehrplan sein. Diese Themen werden wir – zusammen mit der Optimierung der Sekundarstufe I – in einer Revision des Volksschulgesetzes 2012 aufnehmen. Wir werden versuchen, bei dieser Revision soviel Konstanz wie möglich und soviel Veränderung wie nötig zu realisieren. Insbesondere geht es darum, das Übertrittsverfahren in die Sek I zu vereinfachen – Stichwort: Kontrollprüfung bei Nichteinigkeit zwischen Eltern und Lehrkraft –, die Realschule zu stärken – von den Ressourcen und vom Lehrplan her – und das 9. Schuljahr neu auszurichten. Die Entscheide diesbezüglich sind noch nicht gefallen. Die entsprechenden Veränderungen – Lehrplan, zweijähriger Kindergarten, Optimierung Sek I werden frühestens auf 1. August 2013, mit genügenden Übergangsfristen, in Kraft treten.
- Auf Sekundarstufe II steht diesen Herbst eine grosse Mittelschulkonferenz an. Ziel ist es, gemeinsam über die Weiterentwicklung des Gymnasiums zu diskutieren und die Bedürfnisse aller Seiten zu diskutieren. Bei den beiden Lehrstellenkonferenzen haben wir mit dieser Art der Dialog-Politik sehr gute Erfahrungen gemacht.
- Bei der Berufsbildung geht es in den nächsten Jahren darum, die Massnahmen für die so genannte Risikogruppe der Auszubildenden zu stärken – Stichworte sind etwa Attestlehren und Case Management – und die Berufsschulorganisation auf die sinkenden Schülerzahlen auszurichten.

Liebe Lehrerinnen und Lehrer

Es gäbe noch sehr vieles zu sagen. Ich bleibe bei dieser unfertigen Skizze einiger Themen. Langfristig werden wir – das möchte ich noch sagen – vermehrt in Stufen denken. Die Standards von HarmoS am Ende des heutigen 2., 6. und 9. Schuljahres sowie die – ebenfalls in HarmoS enthaltene – die Regel, dass die Kinder die Stufen nach individueller Entwicklung schneller oder weniger schnell durchlaufen können sollen, verstärken diesen Trend in Richtung Stufendenken.

Deshalb zum Schluss noch ein Wort zu HarmoS.

HarmoS wird die Berner Schule nicht umkrempeln. Die wesentlichen Inhalte von HarmoS – die Struktur 6 / 3, die Fremdsprachenvorverlegung oder die Tagesschulen – haben wir schon eingeführt oder schon beschlossen. Auch der gemeinsame Deutschschweizer Lehrplan wird nicht alles verändern, sondern sich – so denke ich – nicht allzu weit von unserem Lehrplan 95 entfernen.

Neu ist der zweijährige Kindergarten. Ich bin überzeugt: Es ist richtig, dass wir in unserem Kanton endlich flächendeckend den zweijährigen Kindergarten anbieten. Die Kinder haben ein Recht darauf, im Alter, wo sie am aufnahmefähigsten sind, sozial und intellektuell gefördert zu werden. Und selbstverständlich gibt es – wie schon heute mit dem Schulkonkordat 1970 die Möglichkeit, die Kinder auch ein Jahr später einzuschulen. Von einem Jahr früher wage ich ja angesichts der Diskussionen heute gar nicht mehr zu sprechen.

Wie das Verfahren genau sein wird, kann ich Ihnen noch nicht sagen. Ich bin für ein unbürokratisches Verfahren, in dem die Eltern entscheiden können. Stichwort Vertrauen.

Was ich Ihnen aber garantieren kann: Es wird nicht geschehen, dass unsere Kantonspolizei weinende Kinder in eine Zwangskindergarten transportieren wird. Und eine EDK-Polizei gibt es schon gar nicht.

Die Abstimmung findet am 27. September statt. Wir müssen davon ausgehen, dass auch unser Kanton mit Plakaten weinender Kinder, die in den Kindergarten müssen, vollgeklebt sein wird.

Meine Damen und Herren. Man kann zum zweijährigen Kindergarten getrost unterschiedliche Meinungen haben. Aber zu unterstellen, unsere Kinder müssten weinen, wenn sie in den Kindergarten müssen, ist ein starkes Stück. Das haben die Lehrpersonen des Kindergartens nicht verdient. Sie machen gute Arbeit. Unsere Kindergarten und unsere Schule ist eine gefreute Sache, davon konnte ich mich in zahlreichen Besuchen überzeugen.

Ich freue mich, wenn wir diesen Sommer ein positives Bild unserer Schule zeichnen können. Ein Bild von Kindern, die nicht weinen müssen. Denn das ist die Realität unserer Schule. Und dass das so ist, ist Ihr Verdienst. Ihr Verdienst ganz allein. Und dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Machen Sie weiter so. Seien Sie offen für Veränderungen und ziehen Sie mit mir am gleichen Strick! Vielen Dank.